

Ökologie & EUROPA

1
2022

Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei

**50 Jahre Grenzen
des Wachstums**

Seite 3 ff.

**Klimapolitik –
sozial verträglich**

Seite 10 ff.





Foto: Manuela Ripa

Liebe Leserin und lieber Leser!

Nichts ist mehr, wie es war: Der russische Präsident schickt Soldaten ins Nachbarland. Sein Krieg schockiert die ganze Welt. Wir müssen den Ukrainerinnen und Ukrainern beistehen. Der Angriff auf sie ist auch einer auf unsere Werte. Ein Krieg darf heutzutage kein Mittel der Politik sein. Wladimir Putins Tyrannei fordert von uns Europäerinnen und Europäer ein Umdenken – vor allem aber ein neues Handeln. Wir müssen unsere Abhängigkeit von russischen Energieimporten – so schnell wie möglich – beenden. Wir müssen unsere Energiepolitik und -beschaffung umorganisieren, um unabhängiger von Autokraten jeglicher Couleur zu werden. Aber auch, um endlich die nötige Energiewende zu schaffen.

Umso wichtiger ist daher, dass wir uns in Deutschland und Europa der sich zuspitzenden Debatte um den Ausbau der erneuerbaren Energien stellen. Das hilft nicht nur Kriegsgründe auszumerzen, es wirkt zugleich gegen die von Menschen verursachte Erderwärmung.

Trotzdem prallen die Argumente aufeinander: Klimaschutzrinnen und Klimaschützer fordern rasch mehr neue Windräder und Solarparks; Natur- und Artenschützer warnen, dass derlei Technik Landschaft zerstören und dem Artenschutz einen Bärendienst erweisen kann. Deshalb müssen wir für diesen Streit Lösungen finden. Beides nämlich sind schützenswerte Güter. Klima- und Naturschutz dürfen wir nie gegeneinander ausspielen. Mich freut es, dass Christoph Heinrich vom Vorstand des WWF-Deutschland als ausgewiesener Experte in seinem Beitrag für *Ökologie & Europa* mögliche Auswege aus der Zwickmühle skizziert.

Auswege zeigte vor nun exakt 50 Jahren auch die Studie „Die Grenzen des Wachstums“ des *Club of*

Rome. Sie prangerte die Ausbeutung der Erde an. Der Text hat bis heute nichts von seiner Brisanz eingebüßt. Im Gegenteil: Der Klimawandel zeigt uns die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen nur noch zusätzlich. Das ist für mich Grund genug, dass wir uns in dieser Ausgabe von *Ökologie & Europa* diesem zeitlosen Grundlagentext widmen. Nicht nur zu seinem Jubiläum – die „Grenzen des Wachstums“ haben wesentlich auch die Gründung der ÖDP vor 40 Jahren mit beeinflusst. Gastautor Franz Alt erlebte dies damals mit. Das Buch rüttelte ihn und ÖDP-Initiator Herbert Gruhl auf. Es bestimmt Alts Werk als Journalist, Autor und ökologischen Denker bis heute. Er leitet daraus den Auftrag für uns ab: zu Handeln.

Handeln bleibt das Gebot der Stunde. Schließlich gilt: Der Klimaschutz kann nur gelingen, wenn wir alle Menschen von dieser Mammutaufgabe überzeugen. Das schließt ein, dass wir ihnen die Teilhabe ermöglichen. Dafür müssen wir die Veränderungen nicht nur gut erklären. Wir müssen sie tragbar für alle gestalten. Der Klimaschutz muss sozial verträglich erfolgen. Wäre es nicht der Fall, würde es die Gesellschaft spalten. Daran kann Klimaschutz scheitern. Das dürfen wir nicht zulassen. Klimaschutz gelingt nur, wenn wir alle von dessen Notwendigkeit überzeugen und alle auf dem Weg dorthin mitnehmen.

Das kann gelingen. Voraussetzung ist, wenn möglichst alle Menschen frühzeitig die vernetzte Welt der Ökologie erkennen. Deshalb müssen Kinder schon in der Schule die Grundlagen der Nachhaltigkeit lernen. Das wird sie später als Erwachsene befähigen, bewusster zu konsumieren, mit Energie sparsam umzugehen, sich gesünder zu ernähren oder Gefahrstoffe (in Spielzeug, Kleidung, Kosmetika etc.) zu meiden. Wir müssen die Bildung zur Nachhaltigkeit also im Fächerkanon aller Schularten verankern. Das bestätigt unser dritter Gastautor, der Bildungsexperte Prof. Dr. Gerhard de Haan von der *FU Berlin*.

Diese Ausgabe bietet also eine Menge an fachlichem Input für eine ganze Reihe der anstehenden und drängenden Debatten. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Ihre *Manuela Ripa*
Manuela Ripa

Kontakt Manuela Ripa:

-  <https://manuela-ripa.eu/>
-  Facebook: @ripamanuela
-  Twitter: @RipaManuela
-  Instagram: @manuela.ripa



Foto: medius02/pixabay.com

Der Ausbeutung der Erde Grenzen setzen

Die Erde ist – und bleibt – ein limitierter Planet. Ihre Rohstoffe scheinen zwar schier unerschöpflich, aber das trügt. Zumindest in den von Menschen überschaubaren zeitlichen Dimensionen sind sie nicht beliebig reproduzierbar. Wie anfällig das fein abgestimmte Zusammenspiel für Störungen ist, erfahren die Menschen nicht erst seit dem Klimawandel oder dem Verlust vieler Tier- und Pflanzenarten.

Dabei hätten sie es spätestens – seit eine Reihe namhafter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am *Massachusetts Institute of Technology* vor nunmehr 50 Jahren (!) ihre Studie „Grenzen des Wachstums“ („*The Limits to Growth*“) publizierten – wissen können, ja wissen müssen: 1972 beschrieben Dennis und Donella Meadows in ihrem Bericht an den *Club of Rome* die versiegenden Quellen, aus denen die Industriegesellschaft ihren vermeintlich immerwährenden Wohlstand schöpft. Sie berechneten das Ende der Ausbeutung der Natur. Sie zeichneten ein Bild von dem, was übrig bleibt: ein geplünderter Planet. Konsequenterweise forderte der *Club of Rome* daher schon 1972 eine freiwillige Selbstbeschränkung der Wirtschaft – auch heute bleibt diese Erkenntnis jedoch wohl noch immer eher Wunschtraum.

Die Grenzen des Wachstums zweifelten viele an – weil technischer Fortschritt manches Datum, das die Wissenschaft als Endtermin fixierte, ohne Auswirkung verstreichen ließ. Entwarnung aber war und bleibt trügerisch. 2020 belegte die neue Studie *Update to limits to Growth*, dass die Annahmen von 1972 gültig blei-

ben: Die Menschheit gräbt weiter die Basis der Erde ab und steuert auf den Abgrund zu.

Erst allmählich beginnt das Umdenken. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Philosophie und Ökonomie entdecken die Bedingungen des Postwachstums. Kreislaufwirtschaft und Donut-Economy lösen das Credo des „immer mehr“ ab. Die ÖDP hat dies längst erkannt und der Wachstumsideologie eine eigene, neue Sicht aufs Wirtschaften und Leben entgegengestellt. Zweimal bereits lud sie zu ihrem „Wirtschaft ohne Wachstumszwang“-Symposium nach Coburg. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft diskutierten dort theoretische Ansätze und praktische Modelle einer neuen ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zur Bewältigung von Klimakrise und sozialen Verwerfungen. Der danach erschienene Tagungsband macht diese Visionen für die Zukunft einem Lesepublikum zugänglich.

Franz Alt, Gastautor dieser Ausgabe und Kenner der Partei seit deren Gründung, sagt in seinem Beitrag für *Ökologie & Europa*, „die Grenzen des Wachstums waren, sind und bleiben ein Aufruf zum Handeln“. Dabei sollten uns „Mut, Motivation und Lust“ lenken. Wer die Schrift von vor 50 Jahren als jenen Weckruf hört, der er schon damals war, muss einsehen: Das Zeitalter stupider Ressourcenverschwendung ist nun passé. Jetzt geht es auch um soziale, nicht mehr nur um technologische oder gar ausschließlich ökonomische Aspekte der Zukunft.

(Redaktion)



Foto: smilpp/shutterstock.com

Planet in Gefahr

50 Jahre nach der Studie des Club of Rome plädiert Franz Alt für einen globalen Ökohumanismus.

» von [Dr. Franz Alt](#)

Die Studie „Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“ traf 1972 einen Nerv der Zeit. Dieser legendäre ökologische und ökonomische Grundlagentext wurde im Jahr des Erscheinens zehn Millionen Mal gekauft, bis heute sollen es 30 Millionen Exemplare sein.

Dieser Bericht kann als Gründungsdokument der internationalen Umweltbewegung bezeichnet werden. Er hat das Denken in Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft global und nachhaltig verändert. Nachhaltig heißt enkeltauglich.

Mit den Mitteln der Mathematik und mit Hilfe von Computerberechnungen kam der Bericht vor 50 Jahren zum Schluss: „Wenn die derzeitige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen unvermindert anhält, werden die absoluten Grenzen des Wachstums auf der Erde in den nächsten hundert Jahren erreicht.“

Schon nach der Hälfte des Prognosezeitraums ist der Planet geplündert

Die Hälfte der Zeit ist jetzt um. 1972 lebten 3,8 Milliarden Menschen, heute sind wir knapp acht Milliarden. 2022, also 50 Jahre später, sind die tatsächlichen Grenzen des Wachstums bereits weitgehend erreicht. Unser Planet ist nahezu geplündert. Wir, die heutigen Generationen, haben nicht enkeltauglich gelebt, gearbeitet und gewirtschaftet.

Die neue Religion des ewigen Wachstums und das immer irrwitzigere Tempo des Verbrennens fossiler Rohstoffe haben Millionen Menschen das Leben gekostet und noch mehr in eine unvorstellbare Armut getrieben sowie auf der anderen Seite zum Zeitalter der Milliardäre geführt.

Noch heute versuchen Neoliberale mit „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ das Klima zu retten und das Artensterben zu stoppen.

Wachstum ist das falsche Konzept

Doch das ist, wie Feuer löschen zu wollen mithilfe von Benzin. So aber werden die Freiheiten der wirtschaftlich Starken noch weiter gestärkt und die wirtschaftlich Schwachen zusätzlich geschwächt. In den ersten zwei Jahren der Corona-Pandemie haben die Reichsten ihr Vermögen nochmals verdoppelt, während sich die Zahl der Millionen Armen auf der Erde ebenfalls verdoppelt hat.

Eine Gemeinschaft, welche die materiellen Grenzen einer begrenzten Welt nicht beachtet, bekommt Corona – oder auch Flutkatastrophen wie in Deutschland, Österreich und China im Juli 2021 oder Feuerkatastrophen wie in Kanada, in den USA, Skandinavien und in den Staaten rund ums Mittelmeer ebenfalls im Sommer 2021. Zehntausende mussten vor den Flammen fliehen.

Klar ist: Nichts mehr geht weiter, wenn alles einfach so weitergeht. Was wir jetzt tun müssen? Neben einer solaren Energiewende brauchen wir eine ökologische

Verkehrswende, eine nachhaltige Bau-Wende und eine gesunde Agrarwende.

Die Grenzen des Wachstums waren, sind und bleiben ein Aufruf zum Handeln. Ob Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel oder soziale Spaltung: Die „große Transformation“ ist nicht nur groß, sie ist auch komplex. Und sie ist sozial, nie nur technologisch.

Der notwendige Systemwandel zu einer ökologischen Marktwirtschaft wird nicht ohne gravierende Veränderungen funktionieren. Sozial engagierte und orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer

Die Rettungsformel könnte heißen: Nicht Wut, Angst und Frust, sondern Mut, Motivation und Lust sollen uns leiten.

können die dafür notwendige Zukunftslust vermitteln. Auf geht's!

Die Ernährungswende kann uns nur gelingen, wenn wir uns und unseren Kindern die Natur näherbringen. Die Mobilitätswende kann uns nur gelingen, wenn wir das Bürgerengagement steigern und regio-

Dr. Franz Alt

ist Journalist und Autor, war langjähriger Leiter der ARD-Fernsehredaktion „Report“ beim SWR, schreibt heute Bücher, hält Vorträge und produziert *Transparenz-TV*. Als Freund von Herbert Gruhl gab Alt auch mit den Anstoß zur Gründung der ÖDP.



Franz Alt, Ernst-Ulrich von Weizsäcker **Der Planet ist geplündert** Was wir jetzt tun müssen Hirzel Verlag, 2022 (lieferbar ab 22.3.22) 208 Seiten, 22,00 €



nale Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum entwickeln – die Wiederbelebung des ländlichen Raums ist eine soziale Aufgabe.

Die Rettungsformel könnte heißen: Nicht Wut, Angst und Frust, sondern Mut, Motivation und Lust sollen uns leiten.

Online-Vortrag mit Diskussion 26. April, 19 bis 20.30 Uhr

Prof. Dr. Christian Berg (Club of Rome) über die

Grenzen des Wachstums

„Grenzenloses Wachstum ist in einer Welt mit endlichen Ressourcen schlicht nicht möglich“, davon ist Manuela Ripa, Europaabgeordnete der ÖDP, überzeugt und plädiert daher für ein Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen. Stetiges Wirtschaftswachstum soll kein Staatsziel mehr sein dürfen. Sie verweist dabei auf das Wahlprogramm der ÖDP.

50 Jahre nach Erscheinen des Club of Rome-Berichts von 1972 über die „Grenzen des Wachstums“ lädt sie nun den Vizepräsidenten der deutschen Gesellschaft des Club of Rome zu einer Online-Veranstaltung über dieses Thema ein.

Prof. Dr. Christian Berg

stellt als ausgewiesener Nachhaltigkeits-Experte nicht nur die Arbeit des Club of Rome vor, er erläutert auch, welchen Einfluss die gemeinnützige Organisation bei der Entstehung des Berichts vor 50 Jahren auf Wirtschaft und Politik hatte und was sich daran im Laufe der Zeit änderte. Christian Berg untersucht außerdem in seinem Vortrag die Gründe, warum wir es bisher nicht geschafft haben, innerhalb planetarer Grenzen zu wirtschaften und welche Handlungsprinzipien nötig sind, um Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu verankern.

Um an der kostenlosen Veranstaltung teilzunehmen, können sich Interessierte unter einem Link auf folgender Website registrieren: www.manuela-ripa.eu



Neue Zeitrechnung der Windkraftnutzung

Wie wir Wind und Sonne schneller ausbauen und zugleich Biodiversitätsschutz stärken, schildert unser Gastautor Christoph Heinrich. Er ist Vorstand der Naturschutzstiftung WWF-Deutschland.

» von [Christoph Heinrich](#)

Das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2045 erfordert drastische Energieeffizienz und einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Klar ist: Wir stehen am Anfang einer neuen Zeitrechnung beim Ausbau der Erneuerbaren – und wenn wir es richtig machen, vor einer gänzlich neuen Dynamik für den Schutz unserer Biodiversität. Denn das eine gelingt nicht ohne das andere. Und ebenso kann und sollte das eine vom anderen profitieren.

Haupthindernis für den Ausbau der Windenergie in Deutschland ist eine fundamentale Krise der räumlichen Steuerung des Zubaus, denn es mangelt an zeitgerecht und gerichtsfest ausgewiesenen Vorrangflächen für Windenergie mit Ausschlusswirkung. Dass geeignete Flächen vorhanden sind, haben verschiedene [Studien u. a. vom WWF](#) gezeigt und ebenso, dass der beschleunigte Ausbau der Windenergie und Photovoltaik mit [Rücksicht auf Mensch und Natur](#) gestaltet werden kann.

Potenzial beträgt das Neunfache des Zubaus von 2021

Zunächst gilt es, „technische“ und flächenintensive Hemmnisse schnellstmöglich zu beseitigen, um eine optimale Flächennutzung unter bestehenden Voraussetzungen zu ermöglichen. Dies gelingt, indem Abstands- und Freihaltspflichten für Militär, Radar und

Luftverkehr an internationale Standards angepasst, Vorgaben zur Anlagenplatzierung überarbeitet und nicht zuletzt pauschale Abstandsregeln zu Siedlungen, wie die 10H-Regelung in Bayern, rückgängig gemacht werden. Bis zu neun Gigawatt (GW) Windkraft ließen sich so

Vorgaben zur Anlagenplatzierung müssen überarbeitet und pauschale Abstandsregeln zu Siedlungen, wie die 10H-Regelung in Bayern, rückgängig gemacht werden.

nach Angaben des *Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)* kurzfristig realisieren, das Neunfache des gesamten Zubaus im Jahr 2021.

Doch gilt es, Förderung und Vorgaben im Natur- und Artenschutz zu konkretisieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen und den Artenschutz zu stärken. Im Folgenden sollen diese kurz umrissen werden: Die intensive Landwirtschaft ist der Haupttreiber des Artenverlustes und die Ziele der Zukunftskommission für Landwirtschaft sollten konsequent umgesetzt werden, indem ein Mindestanteil von 10 Prozent der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche für die Stärkung der biologischen Vielfalt zur Verfügung gestellt werden.

Zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie sollten als Vorranggebiete für Windenergie idealerweise über die Regionalplanung ausgewiesen werden, so ausgewählt, dass sie einerseits Gunststandorte für Windenergie sind und andererseits Dichtezentren von gefährdeten Arten aussparen. In diesen Vorrangflächen sollte die Windenergie raumplanerisch konzentriert werden und hier sollten artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen auf der Basis von Regelvermutungen über Abstände zu Vorkommen von sensiblen Arten möglich sein.

Mehr Windkraft bei gleichzeitigem Schutz der Biodiversität

Dazu bedarf es eines standardisierten Bewertungsrahmens für die gerichts feste Anwendung von Artenschutzrecht und einer regelhaften Ermöglichung der Ausnahme vom so genannten Individuen bezogenen Tötungsverbot.

Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen können so vereinfacht und gleichzeitig der Schutz der Biodiversität gestärkt sowie bestenfalls auch Impulse für ähnlich gelagerte Debatten bei unseren europäischen Nachbarn gesetzt werden.

Kein Zweifel: die biologische Vielfalt unserer Landschaften ist durch intensive Landwirtschaft vielerorts schon sehr stark verarmt und wird durch den Ausbau erneuerbarer Energien noch zusätzlich belastet. Die

Energiewende sollte daher über das geplante nationale Artenhilfsprogramm und das Aktionsprogramm

Die Energiewende sollte über das geplante nationale Artenhilfsprogramm und das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz eine Chance bilden, in die Lebensraumqualitäten der Landschaften zu investieren und damit die Resilienz von Ökosystemen gegen zukünftige Belastungen zu steigern.

natürlicher Klimaschutz eine Chance bilden, in die Lebensraumqualitäten der Landschaften zu investieren und damit die Resilienz von Ökosystemen gegen zukünftige Belastungen zu steigern.

Christoph Heinrich
ist Mitglied im Vorstand des WWF-Deutschland und dort zuständig für Naturschutz.



Windkraft und Artenschutz sind keine Gegensätze

Wer Klima- und Artenschutz gegeneinander ausspielt, verkennt die Zeichen der Zeit. Der Klimawandel macht einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar. Das muss jedoch auch gelingen, ohne dass Landschaften weiter zersplittert werden oder Rotorblätter Vögel und Fledermäuse gefährden.

Manuela Ripa warnt daher, einen Gegensatz zwischen alternativer Energieerzeugung und dem Schutz der Biodiversität herbeizureden. „Was das unter Robert Habeck neu besetzte Wirtschafts- und Klimaschutzministerium zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren plant, ist nicht zielführend“, betont die Europaabgeordnete der ÖDP. Sie hält es schlicht für eine „Illusion“, wenn ausgerechnet ein grüner Bundesminister mit einer Aufweichung des Artenschutzes den Ausbau zusätzlicher Energieproduktion verschlanken und beschleunigen will. Es sollte lieber auf innovativere Lösungen gesetzt werden. Die Technik bietet schon heute mögliche Ansätze:

- Etwa wenn [optimierte Windräder](#) auf bereits bebauten Stellflächen die doppelte Menge an Energie erzeugen und somit weniger Neubauten erforderlich machen.

- Wenn Rotoren sich in größeren Höhen drehen, wo der Wind beständiger und stärker weht und damit [mehr Energie erzeugt](#) werden kann.
- Oder Rotoren ihre Laufrichtung ändern: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am [Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt](#) zeigen, dass links- statt rechts herum drehende Windkraftanlagen die erzeugte Energiemenge um „bis zu 23 Prozent“ steigern.
- Windräder müssen auch keine tödlichen Fallen für Tiere sein. Das [Bundesamt für Naturschutz](#), das [Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende](#) und die [Fachagentur Windenergie an Land](#) stellen technische Warneinrichtungen vor, die sie seit 2017 erkundet haben.
- „Schwarze Rotorblätter verringern Vogelsterben“ titelt das [Scienceportal Spektrum.de](#) über einen erfolgreichen Feldversuch in Norwegen. Dort verringerte sich die Zahl der durch Windräder getöteten Vögel um „mehr als 70 Prozent“, wenn ein Rotorblatt schwarz lackiert war.



Aber es gilt auch, auf alternative Energieformen zu setzen, wie z. B. Algen. Sie gelten als Alleskönner und sind sowohl Basis für Nahrung als auch Kraftstoffe. Sie sind die „Erfinder“ der Photosynthese und haben den ersten Sauerstoff auf der Erde produziert. Heute sind sie Hoffnungsträger zukünftiger Energiepolitik, denn sie produzieren Energie auf wenig Fläche.

„Wir müssen einen intelligenten Mix zukunfts-trächtiger Energieträger etablieren, statt naturschutz-rechtlich wichtige Flächen einzugrenzen“, ist Manuela Ripa überzeugt: „Wir brauchen Fotovoltaik auf allen Dächern und wir müssen Erneuerbare an Orten produzieren, die mit dem Artenschutz besser verträglich sind. Dafür brauchen wir eine Strategie für den Import.“

Technik allein kann den Gegensatz zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energie und dem Artenschutz aber kaum auflösen. Die Europaparlamentarierin setzt

auf den richtigen Energiemix und eine naturverträgliche Energiewende. Dazu gehört für sie auch, dass immer dann, wenn Flächen für neue Energieanlagen

„Wenn Flächen für neue Energieanlagen bereitgestellt werden, müssen zugleich naturnahe Ausgleichsflächen als Rückzugsorte für Tiere entstehen.“

bereitgestellt werden, zugleich immer naturnahe Ausgleichsflächen als Rückzugsorte für Tiere entstehen müssen. Manuela Ripa: „Windkraft darf nicht gegen Artenschutz ausgespielt werden.“ (Redaktion)



Ambivalenz von Umwelt- und Klimaschutz braucht Abfederung

Der Himmel über der Ruhr ist längst auch wieder manchmal blau, auf Flüssen treiben nur noch selten Schaumkronen und selbst der Wald scheint vom Darben der Siebzigerjahre erholt. Der Umwelt geht es wieder besser, Klärwerke und Katalysatoren wirken...

Der Preis dafür aber ist hoch. Manche überfordert er gar. Die jüngsten Energiepreissteigerungen machen schmerzhaft deutlich, dass es Klimaschutz nicht zum Nulltarif gibt. Auch wenn ein noch längeres Abwarten und ein weiteres Aufheizen des Planeten unterm Strich eine noch viel höhere Rechnung präsentieren wird, ist der Ruf nach sozialer Abfederung der geplanten und schon umgesetzten Maßnahmen der Politik laut – denn Energiesparen kostet. Auf dem Weg zur Dekarbonisierung gilt es, manche Hürde zu überwinden. „Der Schutz von Klima und biologischer Vielfalt sowie der dafür notwendige Wandel der Produktionsweisen und Konsummuster sind wichtige Schritte für das künftige Wohlergehen der Menschheit“, schreiben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des *Öko-Instituts*. Sie verweisen zugleich auf die Ambivalenz der Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Klima: „Gleichzeitig gibt es viele Menschen, die durch umweltpolitisch ausgelöste oder verstärkte Veränderungen belastet werden und sich benachteiligt fühlen.“

Die Wissenschaft konstatiert, „umwelt- und klimapolitische Maßnahmen können viele unterschiedliche soziale Folgen haben – für den Konsum und die Beschäftigung ebenso wie für die gesellschaftliche Teilhabe“.

Die aktuellen Debatten mit Blick auf den Verlust von Arbeitsplätzen durch den Kohleausstieg oder die finanzielle Belastung von Haushalten durch höhere Heizkosten und Benzinpreise im Zuge der CO₂-Bepreisung werfen ein Licht auf die Kehrseite der Klimaschutz-Medaille. „Da ist häufig von Ungerechtigkeit die Rede“, beschreiben die Expertinnen und Experten die Aufgabe, die Lasten der Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Klimas fair und gleich zu verteilen und damit keinen Keil in die Bevölkerung zu treiben. Diese Aufgabenliste bestimmt den Arbeitsplan der Politik. Nur wenn ihr Lösungen gelingen, die alle Menschen mitnehmen und sie zugleich ihr Ziel erreicht, eine klimaneutrale Gesellschaft zu gestalten, macht sie den Job richtig. (Redaktion)

Klimapolitik muss sozial verträglich sein

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen, ob sie sich noch die Kosten für Strom und Wärme leisten können. Einkommensschwache Haushalte geben bereits etwa zehn Prozent ihres Einkommens für Strom und Heizung aus. Viele Menschen müssen umziehen, weil sie sich ihre Wohnung nach einer Modernisierung nicht mehr leisten können. Das *Öko-Institut* macht Vorschläge, wie die Energiewende nicht ins soziale Abseits abdriftet.

» von *Christiane Weihe*

Gerade Menschen, die zur Miete wohnen, haben oft wenig Spielraum, um die Energieeffizienz zu steigern und Kosten zu senken“, sagt Dr. Katja Schumacher vom *Öko-Institut*. „gleichzeitig werden sie etwa durch den CO₂-Preis auf Heiz- und Kraftstoffe besonders belastet.“

Im Projekt „Verteilungswirkungen und soziale Folgewirkungen klimapolitischer Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Mobilität“ hat sich das *Öko-Institut* mit der Frage beschäftigt, welche Möglichkeiten es gibt, klimapolitische Maßnahmen sozial verträglich zu gestalten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben zahlreiche Instrumente betrachtet, von der Begrenzung der Umlagefähigkeit der CO₂-Bepreisung und einem stärkeren Fokus auf benachteiligte Gebiete bei der energetischen Stadtsanierung über die flächendeckende Einführung eines Klimabonus in den Transferleistungen für Haushalte mit geringem Einkommen bis hin zu Energieberatungen vor Ort durch sogenannte Stromsparchecks.

Aus Sicht von Dr. Sibylle Braungardt, Expertin im Themenfeld Wärmewende am *Öko-Institut* müssen unter anderem Instrumente im Mittelpunkt stehen, die Modernisierungen einfordern, aber auch fördern – „also Mindesteffizienzanforderungen für Bestandsbauten, aber auch gute Förderbedingungen, um diese zu erreichen.“

Die aktuellen Sanierungsraten müssten mindestens verdoppelt werden. „In Frankreich dürfen bspw. bei Gebäuden in den schlechtesten Effizienzklassen keine Mieterhöhungen erfolgen und ab 2023 soll ein Vermietungsverbot für diese Gebäude gelten. Für das Jahr 2028 ist dort zudem geplant, dass alle Gebäude mindestens der Effizienzklasse E entsprechen müssen.“

Konkrete Unterstützung

Unterstützt werden müssen auch die Mietenden, die von steigenden Energiepreisen besonders belastet sind. „Bislang kann zum Beispiel die CO₂-Bepreisung von Heizstoffen vollständig auf sie umgelegt werden, das muss begrenzt werden. Nicht zuletzt, weil so auch keine Sanierungen angereizt werden, die schließlich von den Vermietenden initiiert werden müssen“, sagt Dr. Katja Schumacher.

Im Projekt „CO₂-Bepreisung und die Reform der Steuern und Umlagen auf Strom: Die Umfinanzierung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

„Ein CO₂-Preis, der sogar deutlich höher ist als heute, muss ein zentraler Bestandteil der Klimapolitik sein, da er fossile Energien unwirtschaftlich macht und dadurch klimaschonende Technologien und klimaschonendes Verhalten fördert.“

des *Öko-Instituts* untersucht, wie es möglich ist, die Einnahmen aus dem CO₂-Preis sozial ausgewogen an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben. „Ein CO₂-Preis, der sogar deutlich höher ist als heute, muss ein zentraler Bestandteil der Klimapolitik sein, da er fossile Energien unwirtschaftlich macht und dadurch klimaschonende Technologien und klimaschonendes



Verhalten fördert“, sagt die Expertin, „auf der Seite der Einnahmenverwendung fehlt jedoch bisher noch die konkrete, schnell umsetzbare und sozial gerechte Ausgestaltung.“

Konkrete Entlastungen umsetzen

Die Analyse für die *Stiftung Klimaneutralität* schlägt unter anderem vor, den CO₂-Preis bis 2023 auf 60 Euro und bis 2025 auf mindestens 80 Euro zu erhöhen. „Gleichzeitig sollten Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, indem die *Erneuerbare-Energien-Umlage* bis 2025 abgeschafft und vorher schrittweise gesenkt wird. Mit steigenden Einnahmen sind weitere Entlastungen, etwa durch eine Reduzierung der Stromsteuer oder auch durch ein Klimabürgergeld, möglich.“

Die Untersuchung zeigt, dass diese Umfinanzierung möglich ist. „Zudem entstehen so Anreize, Gebäude und Verkehr zu elektrifizieren, und Schlüsseltechnologien, wie Wärmepumpen und Elektroautos, werden unterstützt“, sagt Schumacher.

Auch mit Blick auf die Verteilungseffekte einer solchen Reform überzeugt das Konzept: Die einkommensschwächeren Haushalte werden relativ am stärksten entlastet. „Das ist wichtig, denn schon heute sind die Kosten für umweltpolitische Maßnahmen ungerecht verteilt und finanziell stark belastete Haushalte haben sicher nicht den größten Anteil an den Treibhausgasemissionen.“

Die Analyse identifiziert zudem weitere Instrumente, um Umweltpolitik sozial zu gestalten. „Wichtig ist auch eine Klimakomponente im Wohngeld, die mögliche höhere Mietkosten nach einer Sanierung abdeckt. Und die Inanspruchnahme von Wohngeld muss attraktiver gestaltet werden, denn derzeit beantragt es nur etwa die Hälfte jener, die darauf Anspruch hätten“, sagt Schumacher, „Regelungen für Härtefälle sind zudem ebenfalls wichtig.“

Information und Beratung ist wichtig

Die Möglichkeit, Modernisierungskosten auf die Mietenden umzulegen – derzeit liegt sie bei acht Prozent – könnte reduziert werden. „Sinnvoll könnte es außerdem sein, einen Klimabonus für Transferleistungsempfangende flächendeckend einzuführen, um Mietsteigerungen durch energetische Sanierung abzufangen.“

Besonders wichtig seien auch umfangreichere Informations- und Beratungsprogramme – für Mietende und Vermietende gleichermaßen. „Und natürlich muss die Wirksamkeit der Instrumente nach einer gewissen Zeit detailliert überprüft werden.“

Soziale Maßnahmen zum bezahlbaren Wohnen müssen immer auch mit Anreizen für ambitionierte Energieeffizienzsanierung verbunden sein, so Schu-

„Soziale Maßnahmen zum bezahlbaren Wohnen müssen immer auch mit Anreizen für ambitionierte Energieeffizienzsanierung verbunden sein.“

macher. „Das Wohnen hat an den Konsumausgaben privater Haushalte den höchsten Anteil und die damit verbundenen Kosten sind ein wesentlicher Hebel zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen“, sagt sie, „gleichzeitig sollte man soziale Aspekte nie isoliert betrachten, sondern weitere Bereiche wie etwa Mobilität, Kleidung und Ernährung mit betrachten.“

Denn Ziel sollte es sein, dass Haushalte am Klimaschutz teilhaben können, sich aber in Zukunft so wenig wie möglich Sorgen darüber machen müssen, dass sie genug Geld für das Licht im Wohnzimmer und die Heizung in der Küche, aber eben auch für das U-Bahn-Ticket und eine gesunde Mahlzeit haben.

Der Text ist ein leicht gekürzter [Reprint](#) mit Genehmigung des [Öko-Instituts](#)



Christiane Weihe

Die Kommunikationswissenschaftlerin Christiane Weihe ist Journalistin. Sie lebt in Berlin und arbeitet unter anderem an den Themen Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit.

Akzeptanz der Energiewende nur durch soziale Absicherung

Steigende Energiepreise blockieren die Zustimmung vieler Menschen zur Energiewende. Sie ist als Mittel gegen den Klimawandel aber unumgänglich und „braucht eine soziale Komponente“, so Manuela Ripa im Interview. Sie rät, das Ziel über der Nothilfe nicht zu vergessen.

Wir erleben, dass die Energiewende für Verbraucherinnen und Verbraucher teuer werden kann: Wie können Sie sie trotzdem davon überzeugen?

Manuela Ripa: Die Energiewende ist die Antwort auf viele Probleme. Auf den Klimawandel genauso, wie auf die Energie-Abhängigkeit. Dazu gehört als Lenkungs-Instrument die CO₂-Abgabe. Richtig aber ist auch: Wenn Energiepreise klettern, bringt das Verbraucherinnen und Verbraucher in Bedrängnis. Ihr Geld zum Leben wird knapper. Laut einer neuen [Umfrage](#) fürchten 62 Prozent zu hohe Lasten.

Was also ist zu tun?

Aktionistisch zu reagieren, wäre falsch. Der Preisanstieg für Energie ist ja politisch gewollt, und er ist richtig, weil er dazu führt, dass wir Energie bewusster nutzen. Er hilft, den CO₂-Ausstoß zurückzufahren. Das schützt das Klima. Er hat außerdem weniger mit der Energiewende zu tun: Die [EEG-Umlage](#) fiel von 2021 über 6 Cent auf nun 3,7 Cent pro Kilowattstunde. Vielmehr ist die teure Energie eine Folge der wieder besseren Wirtschaftslage nach dem Corona-Lockdown und nunmehr zusätzlich eine Reaktion auf die Kriegsergebnisse in der Ukraine. Die Nachfrage durch die anziehende Konjunktur ist groß, was den Preis treibt...

Wie wichtig ist nun aber eine soziale Komponente bei Klimaschutzmaßnahmen?

Das Schlimme ist, sie fehlt im Moment (noch) nahezu ganz! Es ist Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, wieso der Staat an den Energiepreisen über die dann höheren Mehrwertsteuer-Einnahmen mitverdient, sie aber die Zeche zahlen. Die derzeit diskutierten Zuschüsse zu den gestiegenen Kosten – etwa ein Klimageld, die Abschaffung der EEG-Umlage oder eine Deckelung der Preise – können nur Kurzfrist-Maßnahmen sein. Die Verteuerung fossiler Brennstoffe bleibt als Lenkungselement der richtige Weg, wenn wir die Dekarbonisierung anstreben. Ohne eine Sozialkomponente wird die Akzeptanz der Energiewende sinken. Das wäre fatal. Das befeuert den Klimawandel. Wir brauchen Ökologie für alle und einen Staat, der an der richtigen Stelle eingreift.

Sind wir hier nicht in einer Zwickmühle?

...aus der wir herausfinden, wenn uns klar wird, wie wir Energie effizienter nutzen: Wir müssen weniger Energie vergeuden und erkennen, dass „weniger mehr ist“.

Wie kann die Politik helfend eingreifen?

Sozialverbände fordern einen Ausgleich für die gestiegenen Kosten. Sie wollen die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel senken. [Verbraucherschützer](#) wollen einen höheren Heizkostenzuschuss. Manche Ökonomen stützen diese Forderungen: Sie könnten kurzfristig soziale Härten mindern. Wichtiger noch sind längerfristige Maßnahmen. Wir müssen z. B. Häuser und Wohnungen energieeffizienter machen, insbesondere die von Menschen in einer prekären Lage. Das hilft in der Zukunft. Wir federn die finanziellen Kosten der Energiewende auch damit am besten ab, indem wir Häuser und Wohnungen richtig sanieren. Dabei kann der Staat unterstützen. Die Äußerungen des Klimaministers über die Streichung der *KfW*-Förderung waren da kontraproduktiv.

Wie können entlastende Maßnahmen aussehen?

Reparaturmaßnahmen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich halte es da mit dem *Öko-Institut*: Die Expertinnen und Experten differenzieren bei ihrer Analyse der sozialen Wirkungen von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Diese können Junge und Alte, Frauen oder Männer, Reichere und Ärmere je unterschiedlich treffen. Das macht pauschale Antworten schwer. Klar müssen wir jetzt Betroffenen helfen, die Lage zu überbrücken. Ziel aber muss es sein, die Energie- und Klimaschutzende anzupacken und sie rasch, gut und umfassend zu meistern.

Wie vergrößert man die Akzeptanz dafür?

Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger dabei mitnehmen – beispielsweise über die Einbindung von losbasierten Bürgerräten. Das halte ich für eine interessante Idee. Auch eine finanzielle Unterstützung oder Rückerstattung für diejenigen, die weniger CO₂ verbrauchen, kann klar helfen. Letztendlich ist auch noch mehr Aufklärungsarbeit vonnöten, was es für die Gesellschaft und den Planeten bedeutet, wenn wir den Klimawandel nicht angehen.



Foto: ESB professional/shutterstock.com

Basis für richtige Entscheidungen legen

Nachhaltigkeit sollte möglichst früh in den Köpfen der Menschen verankert werden. Damit unsere Kinder zu mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern werden, müssen sie im nachhaltigen Konsum geschult werden und lernen, was klimaförderliches Handeln ist. Die Einführung des Schulfachs „Nachhaltigkeit“ ist für Manuela Ripa, ÖDP-Europaabgeordnete, ein wichtiger Schritt: „Dieses Schulfach könnte Kindern und Jugendlichen dabei helfen, sich später als Erwachsene gesund zu ernähren, Produkte zu vermeiden, die ihnen oder dem Klima schaden und Entscheidungen treffen, die ökologisch richtig sind.“ Manuela Ripa ist überzeugt, dass Bildung dabei hilft, die Ursachen und die Folgen des Klimawandels zu erkennen. Dieses Wissen sollte in alle Fächer integriert werden.

Gesunde Ernährung, Müllvermeidung, eine CO₂-arme Mobilität zu etablieren sowie Tiere und Pflanzen als Mitgeschöpfe zu respektieren: Grundlage für ein solches Menschsein legt eine in der Schule vermittelte *Bildung für nachhaltige Erziehung (BNE)*. Sie ist seit über einer Dekade das Schlagwort in der Bildungslandschaft. Ihr Ziel ist es, mit natürlichen Ressourcen vorausschauend, gerecht und fair umzugehen. Bildung für nachhaltige Entwicklung versetzt Menschen in die Lage, heute Entscheidungen zu treffen und dabei abzuschätzen, wie sich diese auf künftige

Generationen und das Leben in anderen Regionen der Welt auswirken werden.

Im Zentrum von BNE stehen dabei die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO. Sie sollen als Leitplanken dienen, um bis 2030 die Probleme der Erde zu überwinden und der Menschheit ein Leben ohne Hunger und Krankheit, dafür in Frieden und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Der Biologe und Evolutionswissenschaftler [Dr. Daniel Wahl](#) geht sogar weit darüber hinaus: Er betont die gegenseitige Vernetzung dieser 17 Entwicklungsziele. Nachhaltigkeit ist für ihn lediglich die Brücke zum Ziel. Er fordert dazu auf, „regenerative Kulturen“ zu leben. Erst so würden „Menschen zu potenziellen Mitschöpfern von Veränderungen“.

Prof. Dr. Gerhard de Haan, der für diese Ausgabe von *Ökologie & Europa* einen Gastbeitrag geschrieben hat, ist einer der führenden Erziehungswissenschaftler des Landes. Auch er betont die Wichtigkeit einer Erziehung zur Nachhaltigkeit. Vor allem müsse sie endlich ihr Nischendasein hinter sich lassen und in allen Lehrplänen fix verankert werden: „Keine Frage – nachhaltige Entwicklung ist das Thema“, betont de Haan. Wir sollten es umsetzen. Dann könne, ist Manuela Ripa überzeugt, Erziehung zur Nachhaltigkeit die Basis legen, auf der unsere Kinder Entscheidungen treffen, die ihr Leben nachhaltiger gestalten. (Redaktion)

Nachhaltigkeit als Schulfach

Nachhaltige Entwicklung ist das Thema dieser Jahrzehnte. Bis 2030 sollen alle – sagen es die SDG der UNO – im Sinne der Nachhaltigkeit handeln können. Das nötige Wissen und die Handlungsfähigkeit müssen wir daher schneller vermitteln. Das gilt für alle Altersgruppen – und eben auch für die Schule.

» von Prof. Dr. Gerhard de Haan

Nur wenn das Wissen und die Fähigkeit bei allen gegeben ist, sich gegen den Klimawandel, für Biodiversität, globale Gerechtigkeit, nachhaltigen Konsum und Partizipation zu engagieren, hat die nachhaltige Entwicklung eine Chance. Politik und Wirtschaft allein können die Transformation der Gesellschaft nicht leisten.

Nachhaltigkeit als Leitprinzip des Lernens und Handelns

Selbstverständlich spricht daher auf den ersten Blick vieles für Nachhaltigkeit als eigenständiges Schulfach. Denn wenn man in der Schule etwas für alle verbindlich machen will, dann bietet sich ein Fach dazu an.

Wenn man aber nicht nur den Gewinn bilanziert, der sich mit einem Fach „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ verbindet, sondern auch die Verluste, dann spricht das gegen ein Fach und für BNE als durchgängiges Leitprinzip schulischen Lernens und Handelns.

1. Würde ein Fach „Nachhaltigkeit“ helfen? Dann müssten wir anderen Fächern Zeit wegnehmen.

Nehmen wir an, das würde gelingen. Dann hätte man auch nur ein kleines Fach etabliert. In der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II haben kleine Fächer im Schnitt ein Volumen von 1,5 Stunden. Das sind kaum mehr als 5 Prozent der Unterrichtszeit pro Woche. Diesen Wert hat man aber jetzt schon überschritten: Biologie, Geografie, Politik und andere Fächer haben das Thema schon aufgegriffen. Der Anteil an der Stundentafel liegt in Deutschland bei ca. 10 Prozent, allerdings haben immer noch ein Drittel der Schülerinnen und Schüler vom Thema „Nachhaltigkeit“ in der Schule nichts gehört ([Grund/Brock 2018](#)).

2. Nachhaltigkeit ist keine eng abgrenzbare fachliche Domäne, wie etwa die Schwingungslehre, Vektorrechnung oder der Bildungsroman; sie ist interdisziplinär aufgesetzt.

Der Klimawandel beschäftigt nicht nur Meteorologen und Klimaforscher. Sich mit ihm zu befassen

heißt, sich mit den gesellschaftlichen, ökonomischen, historischen, technologischen und normativen Implikationen zu befassen. Das geht am besten in Projekten. Was sie da lernen, erinnern Schüler oder Schülerinnen später eher als den Stoff des alltäglichen Unterrichts.

3. BNE ist eingebettet in den *Whole Institution Approach*. Das meint: Bildung für nachhaltige Entwicklung ist mehr als Unterricht.

Die Schule als ganze muss sich der nachhaltigen Entwicklung zuwenden: Sie muss die Ressourcenverbräuche reduzieren, muss auf fair gehandelte Bioprodukte setzen, die Mobilität umweltfreundlich gestalten, Fortbildungen für alle offerieren usw. Kurz: Gerade Schulen müssen Vorbild sein – wer sonst? Das würde in einem kleinen Fach eher untergehen.

4. Das Interesse an nachhaltiger Entwicklung ist Treiber für BNE.

Mehr als ein Drittel aller jungen Menschen wünschen sich, dass mehr als ein Drittel (!) der Unterrichtszeit einen Bezug zu BNE hat, und sie sind nicht alleine: Auch die Lehrkräfte wünschen sich einen solchen Zuwachs an Zeit für Nachhaltigkeitsthematiken.

BNE muss raus aus der Nische

Fazit: Nachhaltige Entwicklung sollte nicht in einer fachlichen Nische enden, sondern expansiv die Schule als ganze affizieren. Aber: Es sollte ein klares Stundenkontingent für BNE für alle Schulstufen und Jahrgänge verbindlich aus- und nachgewiesen werden – und das in einem Umfang von mindestens 200 Schulstunden pro Jahr.

Prof. Dr.
Gerhard de Haan
Der Bildungswissenschaftler
lehrt an der Freien
Universität Berlin.



„Meine Arbeit im EU-Parlament“

Einblicke in zwei Themen, die Manuela Ripa aktuell bearbeitet

CO₂ Grenzausgleichsteuer, Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM

Ich bin als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion für dieses Thema im Umweltausschuss und im Internationalen Handelsausschuss zuständig. Ziel von CBAM ist es, das Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern, indem für Hersteller in Nicht-EU-Ländern ein Anreiz geschaffen wird, ihre Herstellungsverfahren umweltfreundlicher zu gestalten. Für Importe wird ein CO₂-Preis festgelegt, der dem Preis entspricht, der gezahlt worden wäre, wenn die Waren in der EU hergestellt worden wären. Dieses Instrument soll das Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern und die ehrgeizigen Klimaschutzziele der EU unterstützen, zugleich aber die Vereinbarkeit mit den WTO-Regeln sicherstellen.

Ich setze mich im Europäischen Parlament für ein starkes CBAM-System ein, welches den CO₂-Preis zwischen heimischen Produkten und Importen ausgleichen und sicherstellen soll. Damit unsere Unternehmen keinen Nachteil gegenüber Produktionen aus dem Ausland haben, wenn sie umweltfreundlichere Produkte herstellen. Gleichzeitig soll CBAM aber auch helfen, dass Drittstaaten wie China oder Indien CO₂-neutraler produzieren. Denn letztendlich können wir die Klimakrise nur global lösen. CBAM kann dazu beitragen.

Die Überarbeitung der Abfallgrenzwerte für persistente organische Schadstoffe (POPs)

Im Umweltausschuss bin ich für meine Fraktion zuständige Schattenberichterstatterin zu diesem Thema. POPs sind hochgiftige Chemikalien, die für lange Zeit in der Umwelt verbleiben, sich in Nahrungs-

ketten anreichern und der menschlichen Gesundheit und der Umwelt schaden. Zu ihnen zählen einige der gefährlichsten und schädlichsten Chemikalien überhaupt – PFOA, DDT oder PCB.

Obwohl die absichtliche Herstellung und Verwendung von POPs in der EU verboten ist, sind sie weiterhin in Abfällen enthalten. Mein Ziel ist es, strengere Abfallgrenzwerte für die EU zu erreichen, sodass sie für diese Chemikalien in Abfällen auf nahezu Null gesenkt werden. Nur so kann verhindert werden, dass die äußerst schädlichen Stoffe zurück in den Wirtschaftskreislauf gelangen. Zum Schutz unserer Gesundheit, der Gesundheit unserer Kinder und der Umwelt kämpfe ich dafür, dass diese gefährlichen Schadstoffe möglichst komplett aus unserem Alltag verschwinden.



Kontakt Manuela Ripa MdEP



Brüssel

Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
09G354, 60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: 0032 2 28 45739, Fax: 0032 2 28 49739

Straßburg

Parlement européen
Bât. WINSTON CHURCHILL
M01045, 1, avenue du Président
Robert Schuman
CS 91024 F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: 0033 3 88 1 75739, Fax: 0033 3 88 1 79739

manuela.ripa@ep.europa.eu

Impressum

Inhalt und Redaktion:

Manuela Ripa, Gerd Pfitzenmaier

Büro: EuropaBürgerbüro, Mainzer Straße 110,

66121 Saarbrücken, Tel.: 0681/590 998 31,

E-Mail: europabuero@manuela-ripa.eu

Layout: Heike Brückner,
Grafixstudio Art und Weise, Regensburg

Druck: Druckerei Schmidl und Rotaplan, Regensburg.

Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.



Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.